Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31367
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 688
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Mußestunden, Aus alter und neuer Zeit, Noten-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.-. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Bezugsgeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Freital. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Anzeigen werden die 8gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sätzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
61. Jahrgang

Nr. 18 — Donnerstag, den 22. Januar — 1925

Das Damoklesschwert der mißtrauischen Neutralität

Die Demokraten werden sich vorerst bedingt passiv verhalten. — Auch die Nationalsozialisten stehen mit Gewehr bei Fuß. — Auf eine direkte demokratische Anfrage versichert der Reichskanzler, daß die Staatsform nicht angetastet werden darf. — Die übliche kommunistische Rüpelszene führt zu einer Unterbrechung der Sitzung. Abg. Schwarz (Komm.) auf acht Tage von den Sitzungen ausgeschlossen.

Deutscher Reichstag

10. Sitzung vom 21. Januar 2 Uhr nachmittags.

Die Aussprache über die Regierungserklärung wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Koch (Weser, Dem.) betont, das ganze deutsche Volk sei einig in der Verurteilung der rechts- und vertragswidrigen Weiterbesetzung der Kölner Zone. Wenn wirklich Verfehlungen von untergeordneten Organen vorgekommen sind, so bieten sie doch für die Nichträumung nicht einen Grund, sondern nur einen Vorwand. (Lebhafte Zustimmung.) Er werde mit aller Kraft darauf dringen, daß solche Vorwände aus der Welt geschafft werden.

Weder die Soldatenspielerei, noch die Superklugheit untergeordneter Organe dürfe solche Vorwände schaffen.

Wenn jetzt eine Rechtsregierung kommt, so ist das die Folge der fünfjährigen Unterdrückung und Mißachtung Deutschlands durch die Entente, die dazu geführt hat, daß schließlich auch das Zentrum matt geworden ist.

Jede Regierung wird die Außenpolitik fortsetzen müssen, die wir fünf Jahre lang gemacht haben.

Das beweist auch die Regierungserklärung, deren außenpolitischen Teil wir im großen und ganzen zustimmen können. Die Deutschnationalen im Kabinett werden die Außenpolitik auch nicht ändern. Sie verschaffen uns aber das Mißtrauen des Auslandes. Dieses Mißtrauen ist unberechtigt. Im Auslande hegeht man den Irrtum, unsere Deutschnationalen für Wölfe in Schafspelzen zu halten. Tatsächlich haben sie sich nur Wolfspelze umgehängt. Was drunter steckt, brauche ich nicht zu sagen. (Heiterkeit.)

Wir wünschen von der neuen Regierung nicht Aktivität und Aktivität, sondern Passivität und Zurückhaltung. Wir werden der Regierung in der Außenpolitik nicht von vornherein Opposition machen.

Der Führer der Deutschnationalen hat jetzt ein Amt aus der Hand des republikanischen Reichspräsidenten angenommen, während früher die Deutschnationalen Minister der Republik nicht als rechtmäßig anerkennen wollten.

Die Versprechungen und Erklärungen, die die Deutschnationalen fünf Jahre hindurch abgegeben haben, vertragen sich nicht mit der Regierungserklärung.

Entweder sie müssen ihre Wähler verraten, oder den Reichskanzler, oder abwechselnd alle beide.

Außerdem gründet sich unsere ablehnende Stellung zu der neuen Regierung auf die Art, wie sie zustande gekommen ist, durch

den unnötigen Sturz einer Regierung, der wir unser volles Vertrauen schenkten.

In der Regierungserklärung wurde die Wahrung der Staatsautorität betont. Dazu gehört vor allem daß dem Staatsoberhaupt, dem Reichspräsidenten, die schuldige Achtung und Ehrfurcht erwiesen wird.

Wir ersuchen darum den Reichskanzler, den Reichsinnenminister anzuweisen, darauf Bedacht zu nehmen, daß der Vizepräsident des Reichstages dem Herrn Reichspräsidenten die ihm zukommende Achtung erweist.

Weiter möge der Reichsinnenminister verhindern, daß das Magdeburger Urteil, das wir aufs tiefste und schmerzlichste bedauern, nicht zu einer Hetze gegen den Reichspräsidenten ausgenutzt wird. (Unruhe rechts.) Es muß weiter verhindert werden, daß Geistliche in großer Zahl die evangelische Kirche zu einseitiger politischer Propaganda gegen die Republik mißbrauchen. (Rufe der Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) und Mumm (D.-Nat. Vp.): Das sind beweislose Behauptungen!) Ich erinnere nur an die Predigt im Dom und daran, daß der deutschnationale Pfarrer Koch das Material gegen den Reichspräsidenten für den Magdeburger Prozeß gesammelt hat. Graf Westarp hat in dieser Angelegenheit den ersten Schritt zu einer weiteren Rechtsentwicklung erblickt.

Wir fragen den Reichskanzler: Mißbilligen Sie jede Agitation gegen die Republik und rücken Sie ab von den Leuten, die Ihr Kabinett als Instrument gegen die Republik benutzen wollen?

(Der Reichskanzler nickt.) Wir werden die Antwort der Regierung auf meine Frage abwarten.

Auf keinen Fall denken wir daran, ihr Neutralität zuzusagen. Wenn uns die Antwort befriedigt,

werden wir ihr zunächst freies Spiel lassen, ehe wir uns auf Grund ihrer Taten endgültig entscheiden.

Die historische Aufgabe dieser Regierung ist es dem deutschen Volke zu beweisen, daß keine Partei in Deutschland in der Regierung eine andere Außenpolitik treiben kann, als wir und daß bei der Erfüllung von Versprechungen von den Deutschnationalen auch mit Wasser gekocht wird. Dann wird das deutsche Volk bekehrt zurückkehren zu der Politik der Vernunft, Geduld, Beharrlichkeit und Demokratie. (Beifall links.)

Abg. Jörissen (Wirtsch. Vereinigung) protestiert als Rheinländer gegen die Nichträumung der Kölner Zone. In der Innenpolitik erklären wir der Regierung: Von der pfleglichen Behandlung der Mittelstandsfragen machen wir es abhängig, ob unsere freundlichen Beziehungen zu Ihnen von Dauer oder nur vorübergehend sein werden.

Abg. Leicht (Bayr. V.): Es würde sehr schwer sein, gegen diese Regierungserklärung in sachlicher Weise vorzugehen. Der Redner erklärt, daß das Zentrum sich seiner ausschlaggebenden Stellung wohl bewußt sei, daher habe es auch eine Fülle von Bedingungen gestellt. Mit Befriedigung habe seine Partei auch vernommen, daß die Beziehungen zwischen Reich und Ländern besser gefördert werden sollen.

Seine Partei fordere größere Selbständigkeit der Länder. Es müsse heißen: Staaten und nicht Reichsprovinzen.

Dann forderte der Redner noch den Abbau der übermäßigen Besteuerungen. Das Dawes-Abkommen kann unmöglich durchgeführt werden, wenn unsere Handelsbilanz weiter passiv bleibt. Die heimische Produktion muß durch Schutzzölle in den erforderlichen Grenzen geschützt werden. Die deutsche Ausfuhr muß gesteigert, die Einfuhr auf das wirtschaftlich Notwendige beschränkt werden. Gerade dem neuen Reichsfinanzminister muß ans Herz gelegt werden, bei der Gehaltsregelung die Temperatur seiner Gefühle für die unteren und mittleren Beamten zu steigern. Die Sozialpolitik muß fortgeführt und ausgebaut werden. Wir sind bereit, für die Erhaltung des sozialen Friedens Opfer zu bringen. Nicht weniger liegt uns an der Erhaltung des konfessionellen Friedens. Im Beamtentum wünschen wir Parität in der Einstellung und im Abbau. (Beifall in der Mitte.) Wenn die Idee des Völkerbundes wirklich zu einem dauernden Völkerfrieden führen soll, dann muß die Gerechtigkeit die Grundlage des Völkerbundes werden. (Beifall in d. Mitte.)

Abg. v. Graefe (Natsoz.): Als die Regierung zur Entscheidung über die Dawes-Gesetze an das Volk appellierte, da gingen die nationalen Parteien in den Wahlkampf mit der Parole: Gegen die Dawes-Gesetze. Das Volk, das nach dieser Parole wählte, wurde durch die Deutschnationalen getäuscht, die die Annahme der Dawes-Gesetze ermöglichten. Und jetzt nach der Weiterbesetzung der Kölner Zone muß sogar Dr. Stresemann die Pleite seiner Dawes-Politik eingestehen, und nun geschieht das Merkwürdige: die beiden Unterhändler bei der Pleitepolitik bleiben an der Spitze der Regierung.

Wir können eine solche Regierung niemals unterstützen. In dieser Pseudorepublik sind alle Regierungen nur Marionetten der tatsächlich regierenden Börse.

Angesichts der vielen Korruptionsfälle der letzten Zeit erscheint es uns zweifelhaft, ob in der neuen Regierung der Herkules sitzt, der diesen Augiasstall reinigen könnte. Wir verfügen über geradezu erschreckendes Material. Ich verzichte darauf, es heute vorzutragen.

Es betrifft auch die Familie des Reichspräsidenten.

(Nach diesen Worten rufen die Sozialdemokraten minutenlang dem Redner zu: Kommen Sie doch heraus damit!). Abg. v. Graefe spricht von barmatischen Brüdern, worauf sich der Lärm noch steigert. Abg. v. Graefe fährt schließlich fort: Das Material werden wir früher vorbringen, als es Ihnen lieb sein wird. Geradezu ekelhaft ist der Byzantinismus, den die Demokraten ihrem Götzen Ebert gegenüber zeigen. (Beifall bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen.)

Wir verlangen, daß Abgeordneten Uebernahme oder Beibehaltung von Aufsichtsratsposten gesetzlich verboten wird.

Es darf auch nicht zulässig sein, daß ein Minister wie Oeser, der mit der Internationalen Reichsbahngesellschaft die Verhandlungen geführt hat, nachher mit einem Riesengehalt an die Spitze dieser internationalen Gesellschaft tritt. Der einseitige Ruf nach Schutzzöllen liegt nicht im Interesse der Landwirtschaft. Sie leidet am meisten unter dem Mangel des Kreditwesens. Ob unter den Dawes-Gesetzen eine gesunde Sozialpolitik möglich sein wird, ist uns zweifelhaft. Die Regierung muß sich sozialpolitisch umstellen und erkennen, daß der Arbeiter nicht länger Objekt, sondern Beteiligter der Wirtschaft sein wird. — Der Redner schließt mit der Erklärung,

seine Freunde könnten dem Billigungsantrag für die Regierung nicht zustimmen. Sie würden aber auch kein Mißtrauen zum Ausdruck bringen,

um nicht den Kampf der Wirth und Severing zu unterstützen. — Als

Dr. Luther

darauf das Wort erhält, rufen die Kommunisten lärmend: „Amnestie!" Der Reichskanzler stellt zunächst mit Befriedigung fest, daß sein außenpolitisches Programm im Reichstag eine breite zustimmende Front gefunden habe, auch bei den Parteien, die in der Regierung nicht vertreten sind und zum Teil sie innerpolitisch bekämpfen.

Diese Tatsache sei eine wesentliche Stärkung der außenpolitischen Position der Reichsregierung.

Der Kanzler stellt weiter fest, daß in keinem Stadium der Verhandlungen über die Räumung der Kölner Zone von einer der beteiligten Mächte der Vorschlag einer Kompromißlösung gemacht worden ist in der Weise, daß die Räumung der Kölner Zone in Verbindung mit der Räumung anderer Gebiete gebracht wird. Es sei aber auch eine falsche Annahme, daß durch die Entscheidung der Alliierten über die Kölner Zone auch die Ruhrräumung verschoben worden sei. Der Kanzler erklärt dazu: Uns liegen maßgebliche Erklärungen der französischen Regierung vor, daß sich an den Zusagen des französischen Ministerpräsidenten nichts durch die Entscheidung über Köln geändert hat. Zu den Fragen Dr. Breitscheids über die Zeitfreiwilligen kann ich erklären: Darüber, was die Reichsregierung in dieser Angelegenheit aus nicht mehr bestehenden innerpolitischen Gründen getan hat und wofür sie die Verantwortung trägt, ist der Entente schon vor längerer Zeit eingehend Mitteilung gemacht worden. (Lärm bei den Kommunisten, Rufe: Dann seid Ihr ja Landesverräter, Franzosenknechte!) Ueber diese Mitteilungen etwa hinausgehendes Material, über das die Entente verfügt, ist uns leider nicht zur Nachprüfung übermittelt worden. Die Bekanntgabe solcher Vorgänge, ich lege das im Gegensatz zum Abg. Dr. Breitscheid, schadet uns doch, weil die Mitteilungen gewaltsam übertrieben von der Auslandspresse in der ganzen Welt gegen uns ausgemünzt werden. (Lebhafte Rufe rechts: Das war noch zu milde gesagt.)

Auf die demokratische Frage

habe ich zu antworten, daß für die vaterländischen Verbände ganz selbstverständlich wie für alle anderen die Gesetze in Anwendung gebracht werden. Graf Westarp wünschte auch wohl nicht eine Förderung dieser Verbände, sondern der vaterländischen Bewegung, die wir allerdings begrüßen. (Lachen links.) Ich bedauere, daß bei der Erörterung der Finanz-

Die beiden zuletzt ernannten Minister

Links
Dr. Krohne,
Verkehrsminister,
bisher Staatssekretär im Verkehrsministerium

Rechts
Dr. Frenken,
Justizminister und Minister für die besetzten Gebiete,
ehemals Unterstaatssekretär in Elsaß-Lothringen und zuletzt Oberlandesgerichts-Präsident in Köln